



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Homophobie aktiv bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein ist ein Land der vielfältigen Kulturen und Lebensweisen. Trotzdem gibt es auch in Schleswig-Holstein Feindseligkeiten gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und trans- oder intersexuelle Menschen. Deshalb bekennt sich der Landtag ausdrücklich zur Vielfalt der sexuellen Orientierung.

Ziel muss es sein, ein Klima des Respekts und der Toleranz in Schleswig-Holstein zu verankern. In Zeiten in denen der Begriff „schwul“ wieder zu einem der stärksten Schimpfwörter auf Schleswig-Holsteinischen Schulhöfen geworden ist, in denen Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften gerade in ländlichen Regionen noch längst kein Alltag ist, ist für die Landespolitik dringender Handlungsbedarf gegeben.

Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Verbänden und Einrichtungen, wie beispielsweise der „Haki e. V.“ in Kiel, einen Aktionsplan gegen Homophobie zu entwerfen.

Zielsetzung des Aktionsplans soll sein:

- mehr Toleranz gegenüber Homo-, Bi- und Trans- und Intersexuellen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen,
- gezielte Aufklärungskampagnen in Kindertageseinrichtungen, an Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen vorzubereiten und durchzuführen,
- eine Überarbeitung der Lehrpläne vorzubereiten, um Homosexualität und Homophobie im Unterricht so zu behandeln, dass ein diskriminierungsfreies

Umfeld für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- oder intersexuelle Jugendliche geschaffen wird,

- die Ermittlung potentiell homophober Hintergründe von Gewalttaten im Rahmen der polizeilichen Statistiken zu verankern,
- Schulungsprogramme für PolizistInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen zu entwickeln,
- bestehende Beratungsstrukturen für Opfer homophober Gewalttaten und zur Coming-Outvorbereitung aufzubauen,
- verbindlich die Themen „Diversity“, Antidiskriminierung, Homophobie, Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten und Lebensweisen in die Aus- oder Fortbildung von LehrerInnen, (Schul-) PsychologInnen, SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen ErzieherInnen sowie von in der Jugendarbeit und Jugendhilfe Beschäftigten aufzunehmen,
- stärker für die Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt unter Einschluss unterschiedlicher sexueller Identitäten und Lebensweisen einzutreten und insbesondere in der Landesverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass sie bei der Umsetzung von Diversitystrategien ihrer Vorbildfunktion gerecht wird;
- die Anstrengungen im Bereich Sport, insbesondere im Fußball und Handball, in Zusammenarbeit mit Sportverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein diskriminierungsfreies Umfeld zu erzeugen, zu verstärken;
- bei allen Glaubensgemeinschaften dafür zu werben, dass Glaubensfreiheit nicht als Vorwand dienen darf, die individuelle Lebensgestaltung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung gegen ihren Willen einzuschränken.

Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, sich über den Bundesrat für einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie einzusetzen.

Rasmus Andresen
Und Fraktion

Dr. Marret Bohn